

„Der Sparkurs kennt nur Verlierer“

Polizeigewerkschaften befürchten durch die Neustrukturierung der Bundespolizei Nachteile für die ganze Region

Von Gerhard Bühler

Bisher bekannt gewordene Pläne zur Neustrukturierung der Bundespolizei lassen befürchten, dass Mannheim und die Metropolregion mit dem Verlust zahlreicher Stellen zu den Verlierern der Reform gehören werden. „Die Uhren werden wieder zurückgedreht“, das war der Tenor eines Gespräches zum Thema „Neustrukturierung der Bundespolizei“, zu dem am gestrigen Donnerstag Vertreter von drei Mannheimer Polizeigewerkschaften eingeladen hatten.

Bei der Bundespolizei, vielen noch besser unter dem alten Namen Bundesgrenzschutz bekannt, verrichten bundesweit rund 30.000 voll ausgebildete Polizeivollzugsbeamte ihren Dienst in den Bereichen Grenzschutz, Bahnpolizei und Luftsicherheit. Aus Effizienz- und Kostengründen ist vom Bundesinnenministerium eine Neuorganisation mit einer Reduzierung der Bundespolizeinspektionen von 128 auf 76 geplant. Für die Region Rhein-Neckar hätte dies drastische Folgen, wie Egon Manz, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Mannheim befürchtet.

So soll die Bundespolizeinspektion Mannheim zum „Revier“ herabgestuft werden, was einen Verlust von Kompetenzen sowie von 30 bis 40 Beamten be-

deute. Auch der in Mannheim äußerst erfolgreich arbeitende Ermittlungsdienst soll nach Stuttgart, respektive zu den entsprechenden Behörden in Hessen und Rheinland-Pfalz verlegt werden und lediglich eine Präsenz am Hauptbahnhof verbleiben. „Ermittlungen in Mannheim von Stuttgart aus zu leiten wird nicht funktionieren, dazu ist die Entfernung zu

modernste Nachrichtentechnik per Internet keinen Ersatz für persönlichen Kontakt bieten kann. Dabei habe die Zusammenarbeit der Bundespolizei mit dem Mannheimer Präsidium hervorragend geklappt, wie sich auch in einer stark gestiegenen Aufklärungsquote etwa bei Taschendiebstählen von 4,5 Prozent in 2005 auf 14,8 Prozent in 2006 gezeigt habe.



Bei Großeinsätzen wie diesen arbeiten die Beamten der Bundespolizei und der Landespolizei Hand in Hand, durch eine Reduzierung entstehen nur Nachteile, befürchten die Polizeigewerkschafter. Foto: vaf

groß“, ist Berthold Hauser, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei der Kreisgruppe Stuttgart überzeugt, dass auch

Nachdem die Bundespolizei schon die ganze Zeit über regional ausgerichtet und die Metropolregion bereits organisa-

torisch realisiert war, soll sie nun wieder an Ländergrenzen Halt machen, kritisiert Hauser ein Vorhaben, das vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in der Region ebenso absurd wie anachronistisch anmutet. Erschwerend kommt hinzu, dass Mannheim auch bei den Personaleinsparungen der Landespolizei in erheblichem Umfang beteiligt wird.

„Hier wird es zu einem Verlust von 35 Stellen im Vollzugs- und von 45 Stellen im Nichtvollzugsdienst kommen, sowie nochmals etwa in derselben Höhe bei der Polizeidirektion Heidelberg“, fürchtet Egon Manz, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft in Mannheim ein bevorstehendes Sicherheitsdefizit, „das zwangsläufig zu einer Erhöhung der Straftaten führen muss“.

Um die Nachteile der Reform der Bundespolizei für Mannheim noch abzuwenden, sprach sich SPD-Landtagsabgeordneter Dr. Frank Mentrup dafür aus, die Verbandsversammlung Metropolregion Rhein-Neckar einzuschalten und eine regionale Sicherheitskonferenz einzuberufen, in der Vertreter von Polizei und Politik gemeinsam Gehör verschaffen. SPD-Bundestagsabgeordneter Lothar Mark kündigte an, sich gegenüber Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble sowie in der eigenen Bundestagsfraktion nachdrücklich für Nachbesserungen einzusetzen.